

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V.
Mendener Straße 31
58710 Menden

Werden Sie Mitglied oder Unterstützer!

E-Post: kontakt@paxeuropa-bpe.de

Spendenkonto:

IBAN: DE51 4455 1210 0001 5658 52



"Der Islamo-Gauchismus ist eine Allianz zwischen Teilen der Linken und Islamisten im Kampf für eine 'neue Judeophobie', die als Anti-Zionismus maskiert wird."

Pierre-André Taguieff (franz. Philosoph)

VSdP: Gerhard Kizina (Geschäftsführer)

Kritik am Politischen Islam ist der Schutz unserer westlichen Zivilisation

Anstatt sich mit fundierten Informationen über Wesen und Ziele des Politischen Islam auseinanderzusetzen, bezeichnen große Teile der deutschen Politik und Medien diese Bildungsarbeit als Mittel zur Feindbildgebung. Eine substanzielle Debatte mit faktisch gestützten Argumenten findet nicht statt.

Stattdessen wird versucht, Kritik am Politischen Islam zu kriminalisieren (unter Verwendung von Begriffen wie „Rassismus“, „Aufstachelung zum Hass“, „Hassrede“ usw.), um die dringend notwendige Diskussion über dieses wichtige Thema zu unterdrücken. Sachlich fundierte Kritik an den antidemokratischen Aktivitäten des Politischen Islam sowie an den Angriffen von Politikern auf die Meinungsfreiheit ist eine Form des Schutzes unserer europäischen Zivilisation.



Über die Arbeit der Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V.

Wir von der Bürgerbewegung PAX EUROPA machen seit über zehn Jahren unermüdlich auf die Menschenrechtsverletzungen und antidemokratischen Tendenzen aufmerksam, die vom Politischen Islam ausgehen. Wir veröffentlichen und verteilen Informationsmaterial, veranstalten Infostände und Kundgebungen in ganz Deutschland, geben öffentliche Erklärungen ab und richten offene Briefe an politische Entscheidungsträger und Mitglieder des Parlaments. In der Vergangenheit haben wir auch an OSZE-Konferenzen teilgenommen. Unsere Arbeit ist politisch unabhängig und konfessionsunabhängig. Jeder Demokrat und Menschenrechtsaktivist ist herzlich willkommen und zur Zusammenarbeit eingeladen. Wenn unsere Bildungsarbeit moderne, demokratische und freiheitsliebende Muslime davon überzeugt, sich vom Politischen Islam und seiner Scharia zu distanzieren, ist ein wichtiger Schritt getan, um dem Islam eine harmonische Integration in unsere Gesellschaft als säkulare und rein spirituelle Religion zu ermöglichen. Ohne Anspruch auf weltliche Macht, die mit der Legitimität von Gewalt und Töten durchgesetzt werden soll, ohne Gesetzgebung aus dem 7. Jahrhundert, die weitgehend den Menschenrechten widerspricht, ohne Diskriminierung anderer Religionen, ohne Unterdrückung von Frauen und ohne Feindseligkeit gegenüber Minderheiten wie Homosexuellen.

„Die Zivilgesellschaft ist der Zweck, der Staat das Mittel zu ihrem Schutz. Die soziale Welt entsteht durch freie Vereinigung, die auf Freundschaft und Gemeinschaftsleben gründet. Eine von oben verordnete Regierung erzeugt verantwortungslose Individuen, und die Vereinnahmung der Zivilgesellschaft durch den Staat führt zu einer weitverbreiteten Weigerung der Bürger, selbstbestimmt zu handeln.“

Sir Roger Scruton



Politischer Islam im Fokus

Demokratie und Grundrechte in Gefahr

Ausgangssituation und Probleme

Die heutigen Lebensbedingungen in Deutschland und Europa sind nicht selbstverständlich. Die freien Gesellschaften, die es den Bürgern Europas ermöglichen, in Freiheit und Selbstbestimmung zu leben, mussten hart gegen verschiedene totalitäre Herrschaftsformen erkämpft werden. „Verhindert es, bevor es beginnt!“ ist angesichts eines möglichen Wiederauflebens totalitärer Ideologien und Weltanschauungen der richtige Aufruf zum Handeln.

Doch wo bleibt in dieser Lage der notwendige frühe politische und soziale Widerstand gegen den Politischen Islam, der eine große, existenzielle Bedrohung für die freie Gesellschaft darstellt und in Europa zunehmend an Boden und Einfluss gewinnt?

Die Geschichte lehrt uns, dass der Politische Islam überall dort, wo er dauerhaft Fuß fassen konnte, alle etablierten Kulturen und Religionen marginalisiert oder vollständig zerstört hat. Die Konsolidierung und Ausbreitung islamischer Parallel- und Gegengesellschaften, die schleichende Einführung der Scharia in Gesellschaft, Justiz und Politik, der exzessive Moscheebau, die zunehmende Machtdemonstration des politischen Islam im öffentlichen Raum, der Einfluss seiner Organisationen auf Politik und Gesetzgebung europäischer Staaten, die anhaltende Masseneinwanderung von Anhängern des Politischen Islam nach Deutschland und Europa sowie die wachsende Bedrohung der inneren Sicherheit durch dschihadistische Gewalt und Terror geben Anlass zu großer Besorgnis und machen dringendes Handeln erforderlich.

Der Politische Islam gewinnt in Europa zunehmend an Einfluss. Seine Ausbreitung, begleitet von Einschüchterung durch Drohungen und Gewalttaten gegen die nichtmuslimische Bevölkerung, schreitet voran. Die europäischen Gesellschaften stehen vor einer ihrer größten Herausforderungen der Gegenwart: dem Politischen Islam entgegenzutreten und ihr kulturelles Erbe zu bewahren.

Politischer Islam

Die ideologische Grundlage des Politischen Islam bilden die islamischen Schriften, also der Koran und die Sunna (die Sammlungen von Schriften über die Aussagen und Taten des Gründers des Islam, Mohammed). Im Namen seines Weltherrschaftsanspruchs strebt der Politische Islam danach, alle nicht-islamischen Religionen und Kulturen zu zerstören und die Scharia weltweit als verbindliche Lebensweise und Rechtsordnung für alle Menschen einzuführen. Dieses für alle Muslime obligatorische Ziel soll durch den Dschihad (arabisch: „Kampf für die Sache Allahs“) erreicht werden.

Folgende Merkmale sind besonders kennzeichnend für den Politischen Islam:

- Gottes Gesetz, die Scharia, steht über allen von Menschen geschaffenen Gesetzen.
- Staat und Politischer Islam bilden untrennbare Einheit (Kalifat).
- Einteilung der Menschen in überlegene und untergeordnete Wesen (Nichtmuslime, „Ungläubige“, arabisch: Kuffar).
- Unterwerfung der Frau unter den Mann.
- Ungleichheitsprinzip und körperliche Strafen
- Aggressive Verachtung und Verfolgung aller nicht-islamischen Religionen und Kulturen.
- Anspruch auf Weltherrschaft.
- Legitimierung von Gewalt und Tötung zur weltweiten Durchsetzung der Ideologie.
- Dschihad als permanente Kriegserklärung gegen die „Ungläubigen“.
- Verbot von Kritik, insbesondere an dem Gründer Mohammed.
- Todesdrohung bei Abfall vom Glauben oder bedingungslose Konversion.

Religionsfreiheit ist entscheidend

Im Umgang mit dem Politischen Islam in Deutschland und Europa muss der Schwerpunkt darauf liegen, die Öffentlichkeit über Wesen und Ziele dieses religiös begründeten Totalitarismus aufzuklären und politische Maßnahmen zum Schutz unserer Demokratie und der Menschenrechte zu ergreifen.

Der Politische Islam darf nicht durch die Hintertür der Religionsfreiheit Zugang zu den freien Gesellschaften Europas erlangen, um sie durch sein auf der Scharia basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Religionsfreiheit muss klare Grenzen haben und darf nicht den Weg für eine totalitäre Ideologie ebnen, die religiös gerechtfertigt ist und letztlich die Abschaffung aller Freiheiten anstrebt. Die Grenzen der Religionsfreiheit müsse dort liegen, wo universelle Menschenrechte, geltende Gesetze und die Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verletzt werden.

Es ist äußerst wichtig zu erkennen, dass der Islam noch keine rein spirituelle Religion ist, die nachhaltig säkularisiert wurde und den Glauben als Privatsache betrachtet. Solange die politischen Komponenten im Gesamtgefüge dieser Religion verankert bleiben und häufig umgesetzt werden, kann ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft, in der sich diese Ideologie ausbreitet, langfristig nicht gewährleistet werden. Der Missbrauch der Religionsfreiheit gegenüber dem Politischen Islam wird zunehmend zu einer Schicksalsfrage für Europa. Ein „Weiter so“ im Umgang mit dem Politischen Islam käme der Selbstzerstörung freier europäischer Gesellschaften gleich.



Das Versagen der Politik

Die Politik der Beschönigung und Beschwichtigung des Politischen Islam muss ein Ende haben. Eine öffentliche, tabufreie Debatte ist längst überfällig, in der die Menschenrechtsverletzungen und antidemokratischen Ziele des Politischen Islams klar benannt werden. Dies muss zu konkreten politischen Maßnahmen zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten sowie zur Sicherung des der freien Gesellschaften in Europa führen. Die gegenwärtige Laissez-faire-Politik gegenüber dem Politischen Islam ist unverantwortlich und gefährdet rücksichtslos das Leben zukünftiger Generationen in Freiheit und Selbstbestimmung. Politiker müssen endlich handeln und den Politischen Islam mit allen demokratischen und verfassungsmäßigen Mitteln bekämpfen.

